



BDW-Positionspapier anlässlich der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen

Der Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke (BDW) e.V. begrüßt die Ergebnisse der Sondierungsgespräche zwischen SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen im Bereich der Klimaschutz- und Energiepolitik. Das Sondierungspapier benennt ambitionierte Ziele und erste Ansatzpunkte zu deren Erreichung, die es nun gilt, in den Koalitionsverhandlungen mit Leben zu füllen und zu konkretisieren.

Den aktuellen politischen Zielvorstellungen entsprechend sollen bis 2030 sämtliche Großkraftwerke zur Erzeugung elektrischer Energie aus Kohle und nuklearen Brennstoffen abgeschaltet sein. Trotz notwendiger Anstrengungen hinsichtlich Energieeinsparung und Effizienzsteigerung wird künftig aufgrund des zusätzlichen Strombedarfs durch die Elektrifizierung von Mobilität und Wärme die Nachfrage nach elektrischer Energie enorm steigen. Zur Deckung der benötigten Energiemenge kommt dem Ausbau der Erneuerbaren Energien eine Schlüsselrolle zu, aber auch der Sicherung ihres meist langlebigen Anlagenbestandes. Gleichzeitig steigen mit der Abschaltung der Großkraftwerke die Anforderungen an die Stabilität der Netze als grundlegende Voraussetzung der Versorgungssicherheit.

In diesem Zusammenhang spielt die **Wasserkraft eine besondere Rolle**: Sie stellt neben der Erzeugung klima- und ressourcenschonender Energie **vielfältige Netzdienstleistungen** wie Momentanreserve, schnelle und flexible Regelenergie sowie Blindleistung etc. bereit und trägt damit zum Ausgleich der schwankenden Einspeisungen von Wind- und Solarenergie sowie zur Integration dieser Anlagen in ein stabiles, sicheres und kostengünstiges Versorgungssystem bei. Durch die dezentrale Erzeugung allein der kleinen Wasserkraftwerke, die an die kostenintensiven Nieder- und Mittelspannungsnetze angeschlossen sind, werden gemäß Gutachten der Bergischen Universität Wuppertal in Deutschland Netzausbaukosten und Übertragungsverluste von mehr als 1 Mrd. € vermieden. In Verbindung mit der zunehmenden Digitalisierung und Automatisierung der Versorgungsnetze besitzt die Wasserkraft des Weiteren ein hohes Innovations- und Transformationspotenzial.

Ziel einer kohärenten Klimaschutz- und Energiepolitik im Bereich der **Wasserkraft** muss es sein, den **Anlagenbestand** für die Zukunft zu **sichern** sowie bestehende **Potenziale** durch Modernisierung und Neubau von Anlagen an dafür geeigneten Standorten zu **nutzen**:

- Unter den genannten Voraussetzungen liegt die Wasserkraft im **öffentlichen Interesse** und dient der **öffentlichen Sicherheit**. Dieser Tatbestand muss in den gesetzlichen Regelungen zum Klimaschutz und der Energiewende festgeschrieben werden.
- Wichtige Voraussetzung ist die Anlagenwirtschaftlichkeit. Hierzu müssen bei der Wasserkraft neben der klima- und ressourcenschonenden Energieerzeugung sämtliche **Netzdienstleistungen** und sonstige im öffentlichen Interesse stehenden Beiträge angemessen **vergütet werden**.
- Sämtliche **administrativen Hürden** sind auf den Prüfstand zu stellen und überflüssige Regeln zu **beseitigen**. Dabei geht es vor allem um die Beschleunigung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren im Rahmen einer sachgerechten ökologischen, ökonomischen und sozialen Abwägung. Technologien zur Sicherstellung des Fischschutzes und der Umweltverträglichkeit stehen zur Verfügung.

Dekarbonisierung, Dezentralisierung und Digitalisierung der Energieerzeugung, gekoppelt mit einem hohen Maß an Flexibilität sind der Schlüssel für ein stabiles, sicheres und nachhaltiges Erneuerbare Energiesystem der Zukunft! Die Wasserkraft besitzt die notwendigen Voraussetzungen dafür!

Ansprechpartner:

Dr. Helge Beyer • Geschäftsführer • helge.beyer@wasserkraft-deutschland.de • 0151 – 17123016